

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

30. Oktober 1959

43/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. K a n d u t s c h, K i n d l und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend Steuerbegünstigung für Unternehmungen bei Einstellung älterer
arbeitsloser Dienstnehmer.

-.-.-

Schon die erste Aussprache im Rahmen der vom Bundesminister für soziale Verwaltung am 16.10.1959 abgehaltenen Enquete hat ergeben, dass dem Problem der Wiedereingliederung von Arbeitskräften, die infolge ihres vorgeschrittenen Alters arbeitslos wurden, in den Arbeitsprozess nicht mit einer einzigen, sondern nur mit einer Reihe von Massnahmen zu begegnen ist. Die Tatsache, dass sowohl bei den Männern über 50 Jahren als auch bei den Frauen über 40 Jahren der überwiegende Teil nur noch vermindert arbeitsfähig ist, lassen einen Erfolg durch ein allgemeines Zwangseinstellungsgesetz bezweifeln, da zu rechnen ist, dass die Unternehmungen eher eine Ausgleichstaxe bezahlen würden, als in ihrer Leistungskraft geschwächte Arbeitskräfte einzustellen. Neben einer umfassenden Umschulungsaktion und notwendigen Änderung im Bereiche der Sozialversicherungsgesetzgebung erscheint der FPÖ eine materielle Hilfestellung der öffentlichen Hand für Unternehmen, die beschränkt vermittelbare, ältere Arbeitskräfte aufnehmen wollen, eine Methode zu sein, die gerecht ist und das angestrebte sozialpolitische Ziel weit eher erreichen lässt als ein generell wirkendes Zwangsgesetz.

Die FPÖ schägt daher vor, bei Einstellung des oben umrissenen Personenkreises einen Freibetrag im Bereiche der Einkommensteuer einzuführen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister bereit, dem Nationalrat eine Novelle zum Einkommensteuergesetz ehebaldigst vorzulegen, die den in der Anfragebegründung dargelegten Grundsätzen entspricht ?

-.-.-.-